



Brüssel, den 11.03.2024. Die finnische Regierung hat die Grenzen des Landes zu Russland geschlossen. Menschen aus Russland sollen auf Bestreben der Regierung in Helsinki nicht mehr über die Landesgrenze gelassen werden, auch wenn es sich dabei um Asylbewerber handelt. Der entsprechende Gesetzentwurf soll dem nationalen Parlament in der nächsten Woche vorgelegt werden. Finnland reagiert damit auf die Instrumentalisierung irregulärer Migration im Rahmen einer hybriden Kriegsführung Moskaus.

Bereits Mitte Dezember hatte die finnische Regierung mit einer Schließung aller Grenzübergänge reagiert, weil seit dem Sommer rund 1.300 Asylbewerber und Migranten ohne Papiere in das Land eingereist seien. Die Regierung in Helsinki vermutete dahinter einen „hybriden Angriff“ der russischen Regierung, der als Reaktion auf den Nato-Beitritt des Landes zu werten sei. Bereits in den vergangenen Jahren sah sich Polen mit einer ähnlichen Situation konfrontiert, als tausende irreguläre Migranten nach Belarus geflogen und an die polnische Grenze gebracht wurden.

Nach Angaben der finnischen Grenzbehörden warten noch 3.000 Migranten, die vorwiegend aus dem Nahen Osten und Afrika stammen, auf eine Öffnung der Grenze. Die finnische Regierung spricht vor diesem Hintergrund von einer „ernsten Bedrohung für die nationale Sicherheit und die öffentliche Ordnung“ und führt Berichte an, nach denen die russische Regierung Migranten gezielt zur Grenze schleuse und sie dafür mit Geld, Lebensmitteln, Unterkünften oder Transportmitteln versorge. Migranten, die vor der Grenzschließung nach Finnland eingereist sind, bestätigen laut dem Nachrichtensender Euronews, dass sie Unterstützung durch den russischen Staat erhalten hätten.

Lars Patrick Berg, Mitglied des Europäischen Parlaments, kommentierte:

„Die Entscheidung der konservativen Regierung in Finnland war eine notwendige Verschärfung der Migrationspolitik, an der sich andere Staaten in der EU ein Beispiel nehmen sollten. Erst vor kurzem konnte ich in Helsinki im Gespräch mit der finnischen Innenministerin Maria Rantanen und Parlamentariern einen Eindruck von der Situation an der finnischen Außengrenze gewinnen, die diesen Schritt notwendig gemacht hat. Nicht grundlos befürworten in aktuellen Umfragen knapp 80 Prozent der finnischen Bevölkerung die Schließung der Grenze zu Russland.“

Die Wahrung der nationalen Sicherheit von Mitgliedsstaaten ist fraglos mit dem EU-Recht vereinbar und muss zu den Prioritäten einer verantwortungsvollen Regierungspolitik gehören. Ich befürworte daher auch den Vorstoß der finnischen Kollegen, die sich für eine Neubewertung des EU-Zurückweisungsverbots aussprechen. Nur wenn die EU die entsprechenden internationalen Abkommen den neuen Herausforderungen anpasst, lässt sich das Grundrecht auf Asyl wirklich schützen. Die Kritik zahlreicher Bundestagsabgeordneter und Europaparlamentarier von SPD und Grünen an den Entscheidungen der finnischen Regierung verschließt die Augen vor der Realität und droht im Ausland als Ausdruck deutscher Arroganz bewertet zu werden. Die Europäische Union darf sich nicht erpressbar machen, folglich sind die finnischen Erwägungen konsequent, pragmatisch und unterstützenswert.“